

POSITIONIERUNG DES JUNGEN DBSH BAYERN & BUND ZUM ENDE DES WAHLJAHR 2026

Mit Wut und Trauer haben wir die Wahlergebnisse der vergangenen Wochen in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin beobachtet. Nach den derzeit vorliegenden Ergebnissen erreichte die AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 43,8 % der Zweitstimmen, bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 38,2 %, bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin 16,3 % und bei den niedersächsischen Kommunalwahlen 15,9 % bei den Kreiswahlen. Über Ursachen, politische Folgen, Koalitionsbildungen und zukünftige Entwicklungen wird nicht zu Unrecht intensiv diskutiert.

Wir, der Junge DBSH, stehen für eine gerechte Gesellschaft, Menschlichkeit, Frieden und gute Arbeitsbedingungen in einer demokratischen Gesellschaft ein. Wir halten die AfD nicht zuletzt deshalb für eine Gefahr, weil zentrale Positionen der Partei diesen Grundwerten entgegenstehen.

In diesem Statement möchten wir einige Gedanken zu den Implikationen für Profession, Nutzer*innen Sozialer Arbeit und für Studierende und Arbeitnehmer*innen in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin formulieren. Die folgenden Ausführungen lassen sich jedoch problemlos auf alle weiteren Bundesländer übertragen

1. Aus unserer Sicht bedeuten die Wahlergebnisse der AfD in keiner Weise einen Bruch mit der Gesellschaft des modernen Deutschlands, sondern stellen vielmehr ein verbissenes Festklammern an schwindenden Zukunftsperspektiven und Erfolgsversprechen genau dieser Gesellschaft dar. Der AfD Landesverband Sachsen-Anhalt wird vom dortigen Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft. Unabhängig von unterschiedlichen Bewertungen der Partei in den einzelnen Bundesländern sehen wir in zentralen Positionen und in ihrer politischen Rhetorik einen Widerspruch zu Menschenwürde, Menschenrechten und einer offenen demokratischen Gesellschaft. Ihr Erfolg lässt sich nicht auf eine einzige Ursache zurückführen. Wahlanalysen verweisen unter anderem auf soziale Unsicherheit und Abstiegsängste; zugleich spielen migrations- und identitätspolitische Einstellungen eine wesentliche Rolle. In der „AfD“ sehen wir keinerlei emanzipatorisches Potential. Auch mit ihr werden die strukturellen Probleme in den betroffenen Ländern und Kommunen keineswegs weggezaubert oder gar die Widersprüche der

Wiedervereinigung aufgelöst. Stattdessen sehen wir die Gefahr, dass eine stärkere politische Durchsetzung dieser Positionen bestehende soziale Ungleichheiten und Ausgrenzungen weiter verschärft. Gerade dort, wo Menschen bereits von Armut, Prekarität und schwacher sozialer Infrastruktur betroffen sind, wären weitere Einschnitte besonders folgenreich.

2. Die Soziale Arbeit in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin – und darüber hinaus - darf nicht in eine Duldungs- oder gar Kooperationslogik fallen. Für die Profession ist genau jetzt der Punkt erreicht, das Tripelmandat ernst zu nehmen und eine klare Positionierung an der Seite der Nutzer*innen Sozialer Arbeit einzunehmen. Gleichsam sind wir als Menschenrechtsprofession eigenen ethischen Grundsätzen verpflichtet, die uns die Kooperation mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Akteur*innen sowie entsprechende Positionen von vorneherein unmöglich machen. Hier sind insbesondere die Träger sozialer Einrichtungen in die Verantwortung zu nehmen. Als Vertreter*innen von Profession, Arbeitnehmer*innen und Nutzer*innen, ist es an ihnen, die Versprechen von Nichtvereinbarkeit, Kooperationsverweigerung und Schutz einzuhalten.

3. Sozialarbeiter*innen müssen in der Begegnung mit ihren Adressat*innen – soweit möglich – auf die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf ihre persönliche Lebenswelt hinweisen. Als Sozialarbeitende tragen wir eine Verantwortung für Nutzer*innen. Insbesondere sollen wir Teilhabe, Selbsthilfe und ‚Empowerment‘ ermöglichen und unterstützen. Dazu gehört auch, Nutzer*innen verständlich aufzuzeigen, welche konkreten politischen Vorhaben ihre Rechte, ihre soziale Sicherung, ihre Teilhabe oder bestehende Unterstützungsangebote betreffen können. Wir sehen insbesondere in unseren Arbeitsfeldern die Gefahr erheblicher Kürzungen und Einschränkungen, wenn entsprechende programmatische Forderungen politisch umgesetzt werden. Dies bedeutet nicht nur Unsicherheit für Beschäftigte, sondern auch die Zerstörung von Existenzen auf Seiten von Nutzer*innen Sozialer Arbeit. Es gilt, um jeden Cent, um jeden Menschen und um jede Hilfeleistung zu kämpfen und dieser Aushöhlung des Sozialstaats alles entgegenzusetzen, was für uns möglich und sinnvoll ist. Aus unserer Sicht besteht darüber hinaus die Gefahr, dass Prekarisierung, Überwachung, Kontrolle und Repression gegenüber Nutzer*innen Sozialer Arbeit zunehmen. Hier kommt erneut zur Geltung, wie essenziell ein Zeugnisverweigerungsrecht für die Soziale Arbeit ist.

4. Beschäftigte und Studierende im Care-Bereich müssen sich im Klaren sein, dass politische Vorhaben der AfD ihre Arbeitsfelder, Träger und auch sie selbst betreffen

werden. Sie sind übermäßig oft weiblich, jung und politisch engagiert. Dazu kommt die zunehmende Unsicherheit von Stellen, insbesondere in der politischen Bildung, in

NGOs, aber auch in großen, etablierten Trägern. Die möglichen Veränderungen im Inklusionsbereich und in der Finanzierung von NGOs und freien Trägern werden diese Spannungslage noch verschärfen. Bereits bestehender Spardruck und Kürzungen im Bund werden hierbei wie ein Brandbeschleuniger wirken und den Sozialsektor zusätzlich unter Druck setzen.

Bleibt solidarisch, organisiert euch in Betriebsräten und Gewerkschaften!

5. Die Wahlergebnisse der AfD sind aus unserer Sicht auch im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit und einer Umverteilung von unten nach oben zu betrachten. Politische Entscheidungen, die soziale Unsicherheit verschärfen oder soziale Infrastruktur schwächen, werden diese Entwicklung verstärken. Abstiegsängste und materielle Sorgen spielen in Wahlanalysen eine erkennbare Rolle. Gleichzeitig erhöhen steigende Energie-, Lebensmittel-, und weitere Lebenshaltungskosten den gesellschaftlichen Druck. Diese Belastungen treffen Arbeitnehmer*innen und von Armut betroffenen Menschen überproportional stark.

Der Junge DBSH steht solidarisch an der Seite aller Menschen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Wir sind in Gedanken insbesondere bei queeren* und migrantischen Menschen, die nun mehr denn je auf Rückhalt und Gemeinschaft angewiesen sind.

Moderne Soziale Arbeit muss aus ihrer Grundlegung heraus eine antifaschistische und widerstandsfähige Profession sein – die Fehler der Sozialen Arbeit zur Zeit des Nationalsozialismus dürfen niemals wiederholt werden. Es liegt in unserer Verantwortung diesen Auftrag wahrzunehmen und unser widerständiges Potential zu entfalten.